



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

Georg Paul Hefty bezeichnet die CDU in der FAZ vom 25. Mai als kaum großstadtauglich:

"Ethische Normen verfallen in Großstädten schnell (...). Mit ihrem christlichen Selbstverständnis sind sie (CDU und CSU) für eine Metropolenpolitik nur bedingt tauglich. Denn sie können dem großstädtischen Libertinismus nicht werbewirksam entgegenkommen, sonst setzen sie all das aufs Spiel, womit sie die ländliche und mittelstädtische Bevölkerung an sich binden. Nicht das von der Globalisierung beschleunigte Auftreten aller Weltreligionen in den deutschen Großstädten überfordert die C-Parteien, sondern die mal galoppierende, mal wieselnde Geringschätzung des einstigen christlich fundierten Wertekanons.

Die traditionsreichen ethischen Normen verfallen in den Großstädten so schnell, dass CDU und CSU keine Chance haben, ein verbindliches Programm zu entwickeln und dieses einer Wählerschaft anzubieten, die bei Kommunalwahlen gesamteuropäisch-diffus ist. Ihr Versuch aber, mit Regierungsprojekten statt mit eigenen, vom jeweiligen Koalitionspartner unabhängigen Zukunftsentwürfen Eindruck zu machen, wird leerlaufen, sobald die Union ihre Beteiligung an der Bundesregierung verliert."

Wir haben in den letzten Wochen zusammen mit hunderten Berlinern unser Wahlprogramm erarbeitet, Probleme benannt und Lösungen angeboten. Sind wir damit in die falsche Richtung unterwegs? Ist die CDU, sind wir nicht großstadtauglich? Fremddel die CDU mit Metropolen?

Oder ist es nicht vielmehr so, daß die Berliner sehr wohl christliche Werte zur Grundlage ihres Handelns machen und wir auf dieser gemeinsamen Basis entschlossener aufbauen müssen, darauf auch vertrauen dürfen. Die veröffentlichte Meinung erweckt oft den Eindruck, einen Zeitgeist wiederzuspiegeln, dem auch die CDU Deutschland sich anzupassen versucht. Dieser Versuchung sollten wir widerstehen und das umsetzen, was wir vor Ort, im Gespräch wahrnehmen. Dabei ist die CDU die einzige Partei, die auf der Basis des christlichen Selbstverständnisses die Schöpfung zu bewahren und unsere Gesellschaft zukunftssicher zu machen, das

Gute bewahren und innovativ die richtigen Rahmenbedingungen setzen kann.



Familien sind die Keimzelle unserer Gesellschaft. Eltern vermitteln die Werte,

die unsere Gesellschaft dringend braucht, die unsere Kinder lernen müssen. Nicht alles kann immer rational bis ins Detail erklärt und begründet werden. Nicht alles hat einen unmittelbaren persönlichen Vorteil. Vieles tut man einfach nicht oder eben doch und das ist nicht deswegen per se falsch, weil das schon immer so war. Höflichkeit, Respekt, Fleiß, Bildung, Mitgefühl, Hilfsbereitschaft, Toleranz - unsere Kinder müssen dies erfahren und in der Familie werden hierfür die Grundlagen gelegt. Die Unterstützung und Stärkung der Familienbande ist eine Hauptaufgabe christlicher Politik.

Unsere Kitas und Schulen müssen Orte der Bildung und der Wertevermittlung sein. Die theoretische Diskussion darüber, welche Werte dies denn wohl genau sein sollen und ob wir alle verschiedenen Religionen auch jeweils ausreichend berücksichtigen, können wir uns sparen. Erreichen wir die Sensibilisierung für die oben genannten Verhaltensgrundlagen, haben wir viel erreicht. Hierfür sollen Kitas und Schulen Orte sein, die Kinder gerne besuchen, wir brauchen ausreichend viele und gut ausgebildete Erzieher und Lehrer sowie Räume, in denen sich Menschen wohl fühlen. Nach, trotz oder gerade wegen 23 Schulreformen ist dieser Stand in Berlin nicht erreicht. Also ist dies eine weitere Hauptaufgabe unserer Politik.

Wir wollen uns auf der Straße, in der U-Bahn, in Parks sicher aufhalten. Wenn der Berliner Angst hat, auf die Straße zu gehen, weil irgendwelche Verrückten wie von Sinnen um sich schlagen, Geld und Handys klauen, Rumpöpel, Alkohol trinken und niemand da ist, der dem Einhalt gebietet, gilt mindestens subjektiv das Recht des Stärkeren. Das dürfen wir nicht zulassen und werden für Sicherheit und mehr Ordnung sorgen müssen.


Wir leben in einer gut ausgebauten Infrastruktur. Das Normale ist, daß in Deutschland der Zug fährt, der Bus kommt, der Arzt erreichbar ist, kein Auto in Straßenlöcher fällt, die Verwaltung auf der Basis überprüfbarer Verordnungen und Gesetze entscheidet. Diese Liste wäre leicht fortzusetzen. All das können wir uns leisten, weil wir eine sehr gut funktionierende Wirtschaft haben, insbesondere den Mittelstand, und wir alle dafür arbeiten. Die Rahmenbedingungen für Produktion, Verkauf, Erfolg sind in Deutschland besser als in anderen Ländern - deswegen sind wir Exportweltmeister, steigt die Binnennachfrage und sinkt die Arbeitslosigkeit so erfreulich stark. Und deswegen konnten wir auch diese gute Infrastruktur aufbauen und uns Kultur, Teilhabe und sozialen Ausgleich leisten.

Diese Infrastruktur wird in Berlin seit vielen Jahren sträflich vernachlässigt. Wir mußten uns daran gewöhnen, daß der Zug nicht mehr fährt und die Löcher in den Straßen immer größer werden. Wirtschaftsförderung wird in Berlin seit Jahren nicht betrieben. Viele Mittel-

ständler haben eher den Eindruck, sie würden behindert als gefördert. Wer in Berlin Arbeitsplätze schafft, hat nicht den Eindruck, willkommen zu sein. Wir werden den "Arbeitsplatzschaffer" begrüßen, wer arbeitet, gearbeitet hat und den verdienten Ruhestand genießt oder dringend arbeiten will unterstützen. Das sind die Grundlagen, um unser Lebensumfeld, unsere Infrastruktur wieder zu "normalisieren".

Familie, Bildung, Sicherheit, Arbeit - das können wir in Berlin, in Pankow bewegen. Ist dieses Verständnis wirklich für eine Metropolenpolitik nur bedingt tauglich? Warum? Sehen die Berliner die beschriebenen Probleme nicht oder wollen sie keine Verbesserung nur weil sie in einer Metropole leben? Im Gegenteil.

Ihr



Dirk Stettner
Vorsitzender CDU Pankow

Termine

Pankower Gespräch

Mittwoch, 8. Juni 2011 um 19 Uhr

Vom Reformier überrollt: Welches verlässliche Bildungskonzept brauchen Schüler, Eltern und Lehrer in Berlin?

Begrüßung: Christian Schleicher, KAS
Es diskutieren: Frank Henkel, MdA und Ralf Treptow,
Leiter der Rosa Luxemburg Oberschule
Moderation: Dirk Stettner

Rosa-Luxemburg-Oberschule (Mensa),
Kissingenstraße 12, 13189 Berlin
Anmeldung unter: anmeldung-berlin@kas.de

Tourismus in Berlin: Auferstehung einer Metropole

Dienstag, 7. Juni, um 19 Uhr

Mit dem Geschäftsführer von visitBerlin Burkhard Kieker in Zusammenarbeit mit deutsch-französischen Wirtschaftsclub. Im Anschluss sind die Gäste zu einem kleinen Empfang im Novotel eingeladen.

Novotel Berlin-Mitte
Fischerinsel 12, 10179 Berlin
Anmeldung bis zum 1. Juni bitte unter
info@torsten-kuehne.de

Besichtigung im Deutschen Bundestag

Dienstag, 21. Juni, um 11 Uhr

Besichtigung im Deutschen Bundestag sowie Diskussion mit Karl-Georg Wellmann, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Anmeldung bis zum 14. Juni bitte unter
ortsverband@cdu-prenzlauer-allee.de

Besichtigung im Berliner Abgeordnetenhaus

Donnerstag, 23. Juni, um 14.30 Uhr

Besichtigung im Berliner Abgeordnetenhaus inklusive Plenardebatte und Diskussion mit Michael Braun, MdA

Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin
Anmeldung bis zum 16. Juni bitte unter
ortsverband@cdu-prenzlauer-allee.de

Weißenseer Sommercup (Fußballturnier)

Samstag, 25. Juni ab 10.00 Uhr

Martin-Wagner-Schule OSZ-Gelände
Gustav-Adolf-Straße 66, 13086 Berlin

Frauen Union Pankow mit neuem Vorstand und vielen neuen Ideen

Seit kurzem hat die Frauen Union Pankow einen neuen Vorstand. Neben der neuen Vorsitzenden Heike Apelt haben sich Vedrana Lemor, Eva Fremke, Nadine Mittag und Julia Schmidt einiges für die nächsten zwei Jahre vorgenommen.

„Wir möchten als erstes unsere aktive Mitgliederbasis ausbauen. Wir haben schon einige Aktivitäten geplant, um die Frauen in Pankow auf uns neugierig zu machen und sie zu motivieren, sich bei uns einzubringen.“ so die neue Vorsitzende, Heike Apelt. „Wir möchten dabei eng mit der CDU Pankow zusammenarbeiten und durch unser Engagement zum Erfolg des Kreisverbands beitragen.“

Die erste Möglichkeit, die Frauen Union Pankow und den neuen Vorstand kennenzulernen, bot sich schon am 17. Mai, um 18.00 Uhr. Zusammen mit dem Ortsverband Prenzlauer Allee hat die Frauen Union erfolgreich eine Führung am Wasserturm mit anschließender Weinprobe organisiert.

Am 21. Juni 2011 wird es dann politischer. Für 11.00 Uhr ist eine Führung im Bundestag vereinbart. Danach treffen wir den Steglitzer Abgeordneten Karl-Georg Wellmann. Der erfahrene Politiker kann den Besuchern dann nicht nur das politische Berlin noch näher bringen, sondern steht auch Rede und Antwort für ihre Fragen. Interessierte können sich gern bei Heike Apelt unter heike.apelt@cdu-prenzlauer-allee.de anmelden.

Damit es auch über den Sommer nicht langweilig wird, organisiert die Frauen Union am 5. Juli auch ein gemeinsames Public Viewing der Frauen-Fußball-WM zum Spiel Deutschland gegen Frankreich und falls die deutschen Damen weiter kommen (wovon wir ausgehen) werden weitere Termine folgen.

In Vorbereitung auf die Berliner Wahlen am 18. September wird die Frauen Union Ende August unsere Kandidaten für das Abgeordnetenhaus und die BVV einladen, um mit ihnen ihre Vorstellungen für ein besseres, bürgerfreundlicheres und schöneres Pankow zu diskutieren.

Die Frauen Union Pankow freut sich auf einen spannenden Berliner Sommer!

Der neue Vorstand der Frauen Union Pankow:



Heike Apelt (Vorsitzende)

Heike studiert Kunstgeschichte und Kulturwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie ist gelernte Friseurmeisterin und in Berlin geboren. Heike ist seit 2000 Mitglied der CDU in Pankow, im Ortsvorstand des Ortsverbands Prenzlauer Allee seit 2007 tätig.

„Berlin ist eine wunderbare multikulturelle Stadt mit sehr viel Potential, dass leider unter rot-rot

nicht richtig genutzt wird. Ich möchte mithelfen, das zu ändern!“



V e d r a n a L e m o r (stellvertretende Vorsitzende)

Vedrana lebt seit 2009 am Prenzlauer Berg und arbeitet für ein Unternehmensnetzwerk, im Bereich nachhaltige Entwicklung. Davor hat die Diplomkauffrau fünf Jahre für unterschiedliche Europaabgeordnete in Brüssel und Straßburg gearbeitet. Hier hat sie sich vor allem mit Klima- und Energiepolitik und Gleichstellungspolitik beschäftigt.

tigt.

Politische Interessen: Frauen im Berufsleben, Energiepolitik und Nachhaltigkeit in der Wirtschaft



Eva Fremke (Schatzmeisterin)

Eva hat in Heidelberg, Norwegen und Hamburg Jura studiert. Nach ihrem Examen im letzten Jahr ist sie nach Berlin gezogen, um im Deutschen Bundestag zu arbeiten, wo sie sich vorwiegend mit Innenpolitik beschäftigte. Derzeit absolviert sie ihr Rechtsreferendariat und ist weiterhin bei einem Abgeordneten des Deutschen Bundestages tätig.

Politische Interessen: Sicherheit, Bildung, Sozial- und Gesellschaftspolitik

Frauen Union Pankow mit neuem Vorstand und vielen neuen Ideen



Nadine Mittag (Schriftführerin)

Nadine ist gebürtige Berlinerin und bereits seit 24 Jahren bereichert sie die Welt mit ihrer Anwesenheit. Sie hat im Sommer 2010 ihr Abitur gemacht und studiert seit Oktober 2010 Journalismus und Unternehmenskommunikation.



Julia Schmidt (Sozialbeauftragte)

Julia wohnt seit fast sechs Jahren wegen der Liebe in Berlin-Prenzlauer Berg. Als ausgebildete Hauswirtschafterin hat sie in verschiedenen Einrichtungen für ältere und behinderte Menschen gearbeitet. Momentan absolviert sie eine Ausbildung zur Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten.

Kommunikation ist alles, deshalb möchte sie dazu beitragen, dass die Kommunikation zwischen Bürgern und Politik stimmiger wird. Politik soll für alle Menschen greifbar sein und zum Mitmachen animieren.

stellten.

Politische Interessen: Rechte von behinderten Menschen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

[v]

Die Senioren Union unterwegs in Pankow

Der Ortsverband Schönhauser Allee veranstaltete seinen Frühjahrspreisskat. Als Schirmherr dabei war die Senioren Union Pankow mit Ihrem Vorsitzenden Manfred Müller.

Der erspielte Erlös ging direkt an die Heilsarmee, dessen Leiter der Korps-Berlin Prenzlauerberg Herr Siegfried Fischer die Spende persönlich entgegennahm.



Auf dem Foto sieht man von rechts nach links:

Von der Heilsarmee Sergeant Siegfried Fischer, der Vorsitzende des Ortsverbandes Schönhauser Allee Stephan Lenz, sowie Manfred Müller Senioren Union.

[mm]

KITA-Platz-Mangel wird immer dramatischer

Jahrelang behauptete Senator Zöllner (SPD), dass es ausreichend KITA-Plätze in Berlin gäbe. Kürzlich räumte er öffentlich kleinlaut ein, dass „einige“ Kita-Plätze fehlen würden. Er verwies auf die „regional unterschiedliche Nachfrage- und Angebotsstruktur.“ Besonders angespannt sei die Versorgungslage derzeit in Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg.

Was sich im Beamtendeutsch wenig dramatisch anhört, bedeutet für viele Eltern in Pankow eine verzweifelte Suche nach freien KITA-Plätzen. Seit Anfang des Jahres besuche ich systematisch die KITAs und Schulen im Bezirk. KITA-Leiterinnen berichten mir von Bettelanrufen verzweifelter Eltern. 50 und mehr Bewerbungen pro freien Plätze sind keine Seltenheit. Eltern bewerben sich gleichzeitig in mehreren KITAs, um eine Chance auf

einen Platz zu erhalten. Eine Koordinierung der Anfragen findet nicht statt. Weder von Seiten des Senats noch des Bezirks ist ernsthaft Hilfe zu erwarten. Es bleibt zu hoffen, dass die neuen Einsichten von Senator Zöllner endlich auch Konsequenzen bei Ausstattung und Platzangebot in Pankow haben.

Ich sammle aber auch viele positive Erfahrungen in den KITAs. Vielerorts treffe ich auf engagierte KITA-Mitarbeiter und motivierte Eltern. Eigeninitiative wird groß geschrieben. Besonders unterstützenswert finde ich die Kooperationen zwischen KITAs und privaten Unternehmen für neue KITA-Plätze und mehr Personal. Allerdings führt an einer verlässlichen Planung und auskömmlichen Finanzierung für unsere KITAs durch den Senat kein Weg vorbei.

Dr. Torsten Kühne

Ziele der Senioren Union Pankow

Die Senioren Union Pankow hat sich zur Aufgabe gemacht die Interessen der Senioren im Bezirk und im Land zu vertreten.

Dazu gehört auf die Bezirksverordneten Versammlung Einfluss zu nehmen und darauf hin zu wirken, dass die älteren Menschen auch in Pankow erwünscht sind, eine Heimat haben und man auf Ihre Meinung sehr viel wert legt.

Die Senioren Union entwickelt und vertritt ein Konzept moderner Seniorenpolitik und bekämpft jede Form der offenen oder verdeckten **Altersdiskriminierung**.

Bei allen Veränderungen wollen wir, dass auch wir Senioren gehört werden.

Auch im Abgeordnetenhaus nimmt die Senioren Union in vielen Bereichen Einfluss auf die Tagespolitik.

Nur durch starke Lobbyarbeit ist es möglich auch etwas durchsetzen zu können. **Wer wenn nicht wir Senioren.** Wir machen monatlich unsere Veranstaltungen in denen wir Gäste einladen zum Beispiel kam am 11. April war Herr Frank Heinrich, Mitglied des Deutschen Bundestages, zu uns. Er sprach zum Thema einheitliches Rentensystem Ost und West.

Am 8. Juni 2011 um 14:30 Uhr begrüßen wir Frank Henkel, unseren Spitzenkandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters.

Bei allen Versammlungen so auch am 8. Juni sind Gäste herzlich willkommen. Unsere Veranstaltungen finden im Haus „Siloah“ der ev. Wohnstätten Grabbeallee 2-12 in 13158 Berlin statt.

[mm]

Wirtschaftsförderung ist ein Fremdwort in Pankow

Im Mai war ich zu einer Diskussionsveranstaltung des Wirtschaftskreises Pankow e.V. ins Schloss Schönhausen eingeladen. Unter dem Titel „Quo vadis Wirtschaftsförderung“ waren die Vertreter der fünf im Berliner Parlament vertretenen Parteien eingeladen, über die Wirtschaftsförderung in Pankow zu diskutieren. Mit Erstaunen musste ich feststellen, dass weder ein Vertreter der FDP noch der LINKEN teilnahm. Um so bemerkenswerter, da die LINKE in Pankow auch den für Wirtschaftsförderung zuständigen Stadtrat stellt.

Mit Moderator Nils Busch-Petersen leitete ein ausgewiesener Kenner der Pankower Wirtschaft die Diskussion. Für die SPD sprang kurzfristig für den erkrankten Kreisvorsitzenden die Schulstadträtin Zürn-Kasztantowicz als Mitdiskutantin ein. Die Defizite beim Thema Wirtschaftsförderung in Pankow wurden von niemandem – weder auf dem Podium noch im Publikum – ernsthaft bestritten. Die SPD-Stadträtin schob die schwierige Finanzlage des Bezirks vor. Allerdings kann dies nicht erklären, warum Konzepte aus der Pankower Wirtschaft vom Bezirksamt nicht aufgegriffen werden oder warum der Wirtschaftsstadtrat Dr. Nelken (LINKE) durch sein persönliches Auftreten als Investitionshemmnis gilt. Einigkeit herrschte auf allen Seiten, dass Wirtschaftsförderung „Chefsache“ ist. Sie muss direkt beim Bezirksbürgermeister angesiedelt sein.

Auf dem Podium habe ich unsere CDU-Positionen zum Thema verteidigt. In Zeiten knapper Kassen sind private Investitionen an vielen Stellen die einzige Möglichkeit, positive Entwicklungen im Bezirk anzustoßen. Dafür brauchen wir ein investitionsfreundliches Klima im Bezirk. Abgaben und Gebühren wie die Straßenausbaubeiträge müssen überprüft und ggf. abgeschafft werden. Überflüssige Vorschriften wie die Parkraumobergrenzenverordnung müssen aufgehoben werden. Die Investitionshemmnisse wie die exzessive Ausweisung von Milieuschutzgebieten müssen beseitigt werden.

Pankow hat ein enormes wirtschaftliches Potential. Wo ist eine einheitliche Strategie zur Vermarktung des Kultur-, Wissenschafts- oder Tourismusstandortes Pankow? Warum gibt es im größten Berliner Bezirk kein Platz für Kongresse? Wieso ist das Projekt „Life Science Center“ für die Wissenschaftsstadt Buch gescheitert? Wo sind die Pläne für eine Vermarktung der leerstehenden Gewerbe- und Industrieflächen? Warum gibt es keine Konzepte à la Clean-tech-business-Park, Adlershof oder TXXL wie in den Nachbarbezirken? Wie wird Pankow an den neuen Großflughafen in Schönefeld angeschlossen sein? Diese Fragen sind für den Wirtschaftsstandort Pankow von entscheidender Bedeutung. Aus dem Bezirksamt habe ich keine befriedigende Antwort erhalten. Das muss sich nach dem 18. September endlich ändern.

Dr. Torsten Kühne

Stadtentwicklungspolitik im Spannungsfeld

Zwischen Aufwertungsdruck und behutsamer, sozialer Erneuerung

Der Pankower Ortsteil Prenzlauer Berg insbesondere aber auch der Bezirk allgemein hat in den vergangenen Jahren eine deutliche Aufwertung erfahren. Wohnungen wurden energetisch saniert und modernisiert, neuer Wohnraum wurde geschaffen und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur in großem Umfang getätigt. Es sind nicht alle Probleme gelöst, aber es hat sich unglaublich viel getan.

Diese überaus positive Entwicklung konnte nur deshalb Platz greifen, weil durch die Kombination von privaten Investitionen und öffentlicher Förderung z.B. durch die Errichtung von Sanierungsgebieten hunderte Millionen Euro in Straßen, Plätze, Schulen, kulturelle Einrichtungen, Parks (wie z.B. den Mauerpark), Wohnungen und Gewerbeimmobilien geflossen sind. Niemand wird ernsthaft bezweifeln können, dass sich Prenzlauer Berg für Bewohner, Touristen und Gewerbetreibende zu einem der beliebtesten Berliner Ortsteile entwickelt hat.

Im Ergebnis führt diese hervorragende Attraktivitätssteigerung aber auch dazu, dass sich die Anforderungen an kommunale Einrichtungen verändern und die Nachfrage nach Wohnraum steigt. Dies führt (und das ist ein grundlegendes Phänomen eines jeden Marktes) aber unter anderem auch dazu, dass die Mietzinsen tendenziell steigen. Aufgabe von verantwortlicher und nachhaltiger Stadtentwicklungspolitik muss es nach Auffassung der CDU sein, dafür zu sorgen, dass wünschenswerte Investitionen gefördert und gleichzeitig die Verdrängung von sozial schwächeren Bevölkerungsschichten gedämpft wird denn ein intakter Kiez funktioniert nur dann, wenn es eine gesunde Mischung zwischen Alt und Jung, Stärkeren und Schwächeren, Alteingesessenen und Hinzugezogenen und Eigentümern und Mietern gibt.

Und so darf sich Stadtentwicklungspolitik nicht als Konstrukt zur Wahrung von Partikularinteressen verstehen, sie hat sich vielmehr an einem Ausgleich der unterschiedlichen Bedürfnisse zu orientieren und ist damit der Ausrichtung am Gemeinwohl unterworfen. Stadtentwicklungspolitik muss mittel- und langfristige Entwicklungspotentiale erkennen, diese bewerten und einem politischen Diskurs mit dem Ziel der Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität für alle Betroffenen unterwerfen.

So erscheint es geradezu paradox, wenn durch die exzessive Anwendung von Steuerungsinstrumenten, wie beispielsweise Erhaltungsverordnungen und Milieuschutzgebieten, durch die politische Mehrheit im Bezirksamt und der BVV zugunsten einiger Weniger aber gegen den Willen einer übergroßen Mehrheit der direkt betroffenen Mieter Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen verhindert werden. Beispiele hierfür gibt es in Pankow viele. Wenn zum Beispiel die Errichtung eines vernünftig

nutzbaren Balkons untersagt wird, obwohl über 98% der betroffenen Mieterinnen und Mieter sich dies sehnlichst wünschen und gleichzeitig die Mehrkosten nur zu einem verschwindend geringen Teil umgelegt werden, hat dies mit einer vernünftigen Baupolitik nichts zu tun. Oder wenn der Anbau von Aufzügen in einem Objekt in der Nähe des Wasserturmplatzes, der für ein Verbleiben von älteren Mieterinnen und Mietern und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen ohne Anrechnung auf die Miete sorgen würde, deshalb nicht erfolgen kann, weil der Bau von einem weiteren Wohnhaus auf demselben Grundstück versagt wird.

Eine generelle Verhinderungspolitik wird auf längere Sicht also nicht erfolgreich sein können. Die CDU setzt auf sinnvolle Möglichkeiten steuernd einzugreifen um dafür zu sorgen, dass nur eine mit den Kapazitäten der öffentlichen Infrastruktur vereinbare Nachverdichtung erfolgt. Mit Bebauungsplänen können z.B. Flächen für Grünanlagen gesichert, über städtebauliche Verträge private Investoren an den Kosten für Spielplätze, Straßen u.a. beteiligt werden und im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren verschiedenste Auflagen erteilt werden. Wir erkennen und berücksichtigen die Interessen der sozial Schwächeren, denn sie bedürfen unserer besonderen Unterstützung. So kann zum Beispiel durch objektbezogene Sozialpläne, die verbindlich mit den Bauherren vereinbart sind, dafür gesorgt werden, dass Bestandsmieter in ihren Wohnungen verbleiben können und auch kleinere und damit günstige Wohneinheiten entstehen.

Wird über das Thema Miete diskutiert, dann darf ein ganz wesentlicher, gern ausgeblendeter, Faktor nicht unbeachtet bleiben. Die sogenannte zweite Miete, die sich direkt oder indirekt auf die monatlichen Kosten für die Wohnung auswirkt. Die Preise für Wasser und Abwasser, Müllentsorgung und Straßenreinigung steigen seit Jahren. Der Grundsteuerhebesatz liegt aktuell auf einem deutschlandweit einmalig hohen Wert von 880%. Zusätzlich beteiligt das Straßenausbaubeitragsgesetz die Anlieger an der Erneuerung und dem Ausbau von Straßen und Gehwegen in einem Umfang der mit der durch diese Maßnahmen entstehenden Wertsteigerung in keinem Verhältnis steht. Und auch diese Kosten, die zwar nicht direkt umgelegt werden dürfen, lassen die Mieten zumindest indirekt steigen. Hier werden wir ansetzen und die unsozialen Belastungen durch kommunale Abgaben und Gebühren auf ein vertretbares Maß zurückzufahren. Stadtentwicklung mit Augenmaß betrieben und gemeinwohlorientiert angewandt, schafft den Ausgleich verschiedener Interessen, fördert Investitionen, baut die Infrastruktur aus und sorgt gleichzeitig für eine intakte Bevölkerungsmischung und einen sozialen Ausgleich. Dieser Prämisse unterwirft die CDU ihre Politik zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Bezirk.

[jk]